

Bereich

Az:

Datum: 05.11.2003

2003/319

öffentlich

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Datum	TOP-Nr.
Rat der Stadt	20.11.2003	I.16

Betreff

**Antrag der SPD Ratsfraktion vom 03.11.2003;
hier: Resolution "Hilfe jetzt - Kommunen brauchen eine durchgreifende Gemeindefinanzreform"**

Beschlussvorschlag

Siehe Antrag.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Ratsfraktion Castrop-Rauxel

SPD-Fraktion, Europaplatz 1 / Rathaus, 44575 Castrop-Rauxel

Herrn
Bürgermeister Nils Kruse
Europaplatz 1 / Rathaus

44575 Castrop-Rauxel

3. November 2003

**Resolution „Hilfe jetzt – Kommunen brauchen eine
durchgreifende Gemeindefinanzreform“**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Kruse,

hiermit bitte ich Sie, folgende Resolution in der Ratssitzung am 20.11.03
behandeln zu lassen:

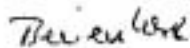
1. Die deutschen Städte und Gemeinden befinden sich in der schlimmsten finanziellen Krise seit der Gründung der Bundesrepublik. Nach Schätzungen der kommunalen Spitzenverbände wird sich das Finanzierungssaldo des Jahres 2003 auf die kaum vorstellbare Summe von 10 Mrd. € (10.000.000.000,- €) belaufen.
2. Die Kommunen sind **die zentrale Ebene** in unserem Staatsaufbau, auf der unverzichtbare Leistungen der Daseinsvorsorge für alle Menschen in unserem Land erbracht werden. Ihre Leistungsfähigkeit ist deshalb entscheidend für das Gesamtwohl des Staates und aller Menschen.
3. Aufgrund der Finanzkrise ist die kommunale Investitionsfähigkeit weitgehend zusammengebrochen. Schulen, Kindergärten, Sportanlagen und viele weitere öffentliche Einrichtungen sind dem Verfall ausgesetzt. Ein wirtschaftlicher Aufschwung, der vor allem auch Handwerk und mittelständischen Betrieben zu Gute kommt, setzt zwingend die Rückgewinnung der kommunalen Investitionsfähigkeit voraus.
4. Die im Bundestag am 17. Oktober 2003 verabschiedeten Gesetze zur neuen Gemeindefinanzsteuer und für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt (Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe) weisen den richtigen Weg. Die vorgesehene Stärkung und Verstärkung der bisherigen Gewerbesteuer und die Absenkung der Gewerbesteuerumlage, die zusammen Mehreinnahmen von rund 3 Mrd. € jährlich bringen sollen, sind dringend notwendig zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation. Auch wenn die finanzielle Entlastungswirkung durch das vierte Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt hinter den Erwartungen der Kommunen zurückbleibt, ist die vorgesehene Übernahme



der Finanzverantwortung für Langzeitarbeitslosigkeit durch den Bund die entscheidende Grundlage für eine nachhaltige Entlastung der Kommunen von Sozialhilfekosten. Eine Abschaffung der Gewerbesteuer oder eine Kommunalisierung der Kosten der Langzeitarbeitslosigkeit führen dagegen in die Irre; sie werden von uns abgelehnt.

5. Der Rat der Stadt Castrop-Rauxel fordert die am weiteren Gesetzgebungsvorhaben Beteiligten - insbesondere den Bundesrat und die Mitglieder des Vermittlungsausschusses - auf, ihrer Verantwortung für das Gemeinwesen gerecht zu werden: **Die Kommunen brauchen eine nachhaltige Stärkung ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit zum 1. Januar 2004. Parteipolitische Blockaden darf es nicht geben!**

Mit freundlichen Grüßen



Johannes Beisenherz
Vorsitzender

Europeplatz 1
44375 Castrop-Rauxel
Fon 02305 / 33013
Fax 02305 / 12692

Bürozeiten:
Montag 15.00-17.00 Uhr
Mittwoch 08.00-13.00 Uhr
Donnerstag 15.00-19.00 Uhr

E-Mail:
fraktion@spd-castrop-rauxel.de
Internet:
www.spd-fraktion-castrop-rauxel.de

Sparkasse
Castrop-Rauxel
BLZ 441 022 55
Konto 51 110